
Pressemitteilung

Hamburg, 1. September 2023

Mit Veröffentlichung der kleinen Anfrage durch die Abgeordnete Carola Ensslen (DIE LINKE) an den Senat vom 21.08.2023 zur Schließung der öffentlich rechtlichen Unterkunft "Sophienterrasse" in Hamburg-Harvestehude ist bekannt geworden, dass nicht nur die Unterkunft "Sophienterrasse" wie geplant im September 2024 geschlossen wird, sondern leider auch keine Folgeunterkunft an einem alternativen Standort vom Bezirk Eimsbüttel bzw. von der Hamburger Regierung gesucht und / oder gefunden wurde.

Durch die Berichterstattung des NDR wurde auch bekannt, dass durch den 2015 geschlossenen Vergleich zwischen der Stadt und den drei klagenden Anwohnern eine **Anschlussnutzung für, ganz allgemein, soziale Zwecke** an dem vorhandenen Standort für **ganze 50 Jahre ausgeschlossen ist**. Diese Vereinbarung scheint ein Passus des nicht veröffentlichten Teils des damaligen Vergleiches zu sein.

Die Flüchtlingshilfe Harvestehude e.V. sieht in der fehlenden Alternative eines neuen Standortes zur öffentlichen Unterbringung von Geflüchteten eine traurige Entwicklung. Der Verein erkennt darin eine politische Kurzsichtigkeit, insbesondere Stadtteile müssten in die Verantwortung genommen werden, die wirtschaftlich und soziokulturell stark sind. Gerade die aktuell hohen Zahlen von Menschen, die zu uns aus existentiell bedrohlichen Gründen kommen, wie Kriege, Vertreibung, Verfolgung oder aber auch Naturkatastrophen aufgrund von Klimaveränderungen, müssten die Stadt Hamburg veranlassen, **alle Bürgerinnen und Bürger in** die Pflicht zu nehmen.

Der Ausschluss einer sozialen Nutzung des Grundstückes Sophienterrasse 1a in Harvestehude für 50 Jahre ist vor diesem Hintergrund ein gravierender politischer Fehler und eine Ohrfeige für alle, die sich um ein solidarisches Zusammenleben bemühen.

10 Jahre erfolgreiche ehrenamtliche Integrationsarbeit durch den Verein Flüchtlingshilfe Harvestehude mit durchgehend rund 250 Ehrenamtlichen waren, sind und wären auch für eine weitere Unterkunft ein Garant für eine kompetente Begleitung der Geflüchteten. Sie sind aber auch ein Zeugnis für die Empathie und große Hilfsbereitschaft vieler Hamburgerinnen und Hamburger.

Die Flüchtlingshilfe Harvestehude e.V. bittet die Hamburger Politik im Bezirk und in der Landesregierung dringend darum, mit den drei früheren Klägern und den Anwohnern ins Gespräch zu kommen. Es scheint möglich, dass im Rückblick 8 Jahre später die Vereinbarung auch von diesen Anwohnern anders bewertet und Alternativen entwickelt werden könnten. Eine mögliche Alternative wäre z.B. ein Wohnheim für Auszubildende verschiedener Nationalitäten, gerne auch beratend begleitet von der Flüchtlingshilfe Harvestehude e.V..

Für Rückfragen wenden Sie sich gerne an vorstand@fhh-portal.de oder koordination@fhh-portal.de

Hendrikje Blandow-Schlegel, 1. Vorsitzende Flüchtlingshilfe Harvestehude e.V

